

# Fraktion **direkt**

Das Monatsmagazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · Juli 2017

**Gerechtigkeit  
für Zahler  
und Empfänger**

Renten entwickeln  
sich erfreulich

## **Die Weichen richtig gestellt**

Wirtschaft wächst – Arbeitslosenzahl sinkt –  
Beschäftigtenzahl auf Rekordhoch

# 6

Im Wahljahr 2017 steht Deutschland hervorragend da: Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosenzahl sinkt, die Beschäftigtenzahl ist auf Rekordhoch.

# 12

Die Rentenpolitik in Deutschland trägt seit den Zeiten Adenauers die Handschrift der Union. In den vergangenen Jahren entwickelte sich die Rente erfreulich.



© Fotolia/Westend61



© Getty Images/Hero Images

# 18

Kinderehen werden künftig verboten. Minderjährige gehören in die Schule und nicht vor den Traualtar.



© Picture Alliance/Naweed Haqioo

## 3

Der Monat  
Volker Kauder

## 4

Die Meinung  
Gerda Hasselfeldt

## 5

Die Fakten

## 6

Der Brennpunkt  
»Wir haben die Weichen richtig gestellt«

## 12

Die Themen  
Gerechtigkeit für Zahler und Empfänger

## 16

Das Gespräch  
Michael Fuchs über  
Deutschland 4.0

## 18

Die Themen  
Kinderehen künftig verboten

## 19

Die Bilder

## 20

Der Abschied  
»Unsere Bilanz kann sich sehen lassen«

## 21

Deutschland geht es gut

## 22

Der Sommer  
Buchempfehlungen  
der Redaktion

## 24

Die Fraktion  
Kriegsfolgeschicksal  
im Mittelpunkt der Arbeit

## 25

Die Antworten  
Fragen und Antworten  
zur Reform der Bund-Länder-  
Finanzbeziehungen

## 26

Die Zahlen

## 27

Der Gast  
Düzen Tekkal über  
Vergewaltigung als Kriegswaffe

## 27

Impressum

## 28

Das Zitat

Die nächste  
Ausgabe von  
»Fraktion direkt«  
erscheint nach  
der Bundestags-  
wahl.



## Liebe Leserinnen und Leser,

die Wahlperiode geht zu Ende. Im Bundestag haben wir uns in diesem Monat zu den letzten regulären Sitzungen vor der Bundestagswahl getroffen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kann zufrieden mit dem sein, was in den vergangenen vier Jahren gemeinsam mit der Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel erreicht wurde. Deutschland geht es insgesamt hervorragend. Kaum ein Land der Welt steht so gut da. Und darauf können wir stolz sein.

Von einem Mann, der dafür seinerzeit die Weichen gestellt hat, mussten wir im Juni Abschied nehmen. Mit Altkanzler Helmut Kohl ist ein Gigant von uns gegangen. Helmut Kohl hat Geschichte geschrieben. 16 Jahre lang hat er als Kanzler die Geschicke der Bundesrepublik Deutschland geleitet. Er war Wegbereiter der deutschen Einheit und der europäischen Einigung.

Helmut Kohl war von 1976 bis 1982 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Während seines letzten Besuches bei uns vor fünf Jahren brachte er bewegend zum Ausdruck, dass er die CDU/CSU-Bundestagsfraktion weiter als seine politische Heimat betrachtete. Helmut Kohl wird uns fehlen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

2002 ist Helmut Kohl nach 26 Jahren Mitgliedschaft aus dem Bundestag ausgeschieden. Es ist der Lauf der Dinge, dass zahlreiche Abgeordnete am Ende einer Wahlperiode dem Bundestag Adieu sagen. Auch wir müssen uns im September von vielen Kolleginnen und Kollegen verabschieden, die die Fraktion geprägt haben. Rund 60 von uns kandidieren nicht wieder für ein Mandat, darunter ehemalige Minister, Bundestagsvizepräsidenten, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Parlamentarische Geschäftsführer und nicht zuletzt Bundestagspräsident Norbert Lammert. Jeder war auf seinem Platz wichtig.

Bei einer Kollegin, die uns verlässt, möchte ich mich besonders bedanken. Es ist Gerda Hasselfeldt, meine erste Stellvertreterin und Vorsitzende der CSU-Landesgruppe. Mit Herz und Verstand hat sie entscheidend zum Erfolg der Union beigetragen. Ich bin sicher, dass wir auch aufgrund der Leistungen der ausscheidenden Kollegen im September beste Chancen haben, die Erfolgsgeschichte der Union fortzuschreiben. Gehen wir es an!

**Volker Kauder**  
Vorsitzender der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion

h  
Volker Kauder



© Laurence Chaperon

# Keine Freiheit ohne Sicherheit

Für die Union steht die Sicherheit der Bürger an erster Stelle

**D**ie Union ist der Garant der inneren Sicherheit. Wir stehen für dieses Thema wie keine andere Partei in Deutschland. Das wissen die Bürgerinnen und Bürger auch. Zahlreiche Umfragen belegen das.

CDU und CSU setzen auf eine Politik, die nicht von Stellenabbau und Kürzungen bei den Sicherheitsbehörden geprägt ist. Wir stellen datenschutzrechtliche Bedenken nicht pauschal über effektive Maßnahmen im Kampf gegen Terror und Organisierte Kriminalität. All das, was wir beim Thema Sicherheit in dieser Wahlperiode durchgesetzt haben, wurde von der SPD nur halbherzig mitgetragen oder so lange wie möglich blockiert, wie zum Beispiel die härteren Strafen beim Wohnungseinbruchsdiebstahl. Auf unsere Initiative hin wurde die Mindeststrafe auf ein Jahr Freiheitsstrafe angehoben. Wohnungseinbruch wird damit zu einem Verbrechen erklärt. Eine Einstellung wegen Geringfügigkeit ist somit nicht mehr möglich. Außerdem haben wir die Ermittlungsmöglichkeiten erweitert. Sicherheitsbehörden können jetzt auch auf Daten aus der sogenannten Verkehrsdatenspeicherung zurückgreifen. Dadurch soll die bislang leider niedrige Aufklärungsquote steigen. Insbesondere in diesem wichtigen Punkt hat sich die Union gegen massiven Widerstand der SPD durchgesetzt.

Wir fordern schon lange, dass Angriffe auf Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehrleute härter bestraft werden. Mit dem Gesetz zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften haben wir dieses wichtige Anliegen umgesetzt. Das sind wir all jenen schuldig, die tagtäglich den Kopf für uns alle hinhalten.

Islamistische Terroristen haben im vergangenen Jahr auch in Deutschland zugeschlagen – in Berlin, in Würzburg und in Ansbach. Auch auf diese Herausforderung findet die Union die richtigen Antworten. Im Kampf gegen den islamisti-

schen Terrorismus haben wir zum Beispiel die Anordnung einer elektronischen Fußfessel für verurteilte Extremisten beschlossen. Mit einem weiteren Gesetz haben wir den Einsatz der elektronischen Aufenthaltsüberwachung auch für Gefährder ermöglicht.

Die sexuelle Gewalt gegen Frauen in der Kölner Silvesternacht 2015 vor allem von Seiten junger arabisch- und nordafrikanischstämmiger Männer hat weltweit für Entsetzen gesorgt. Als Konsequenz hat der Deutsche Bundestag auf Initiative der Union bereits Ende Februar 2016 eine erhebliche Verschärfung des Aufenthaltsrechts von straffälligen Ausländern beschlossen. Diese können nun leichter ausgewiesen werden. Außerdem haben wir im Sommer 2016

Lücken im Sexualstrafrecht geschlossen und beispielsweise das »Grapschen« unter Strafe gestellt.

Zum Abschluss der Legislaturperiode werden wir noch die Überwachung von Messengerdiensten wie WhatsApp auf den Weg bringen. Der Attentäter Anis Amri beispielsweise kommunizierte vor seinem Terroranschlag über solche Messengerdienste.

Während CDU und CSU sich also konsequent für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger einsetzen, vernachlässigen alle anderen Parteien dieses Thema sträflich.

»Angriffe auf  
Polizisten werden  
härter bestraft.«




**Gerda Hasselfeldt**  
Erste Stellvertretende Vorsitzende  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und  
Vorsitzende der CSU-Landesgruppe

# Wussten Sie, dass...

...Arbeitnehmer in der Fleischindustrie besser geschützt werden?

In den vergangenen Jahren haben sich Berichte über unhaltbare Zustände in der fleischverarbeitenden Industrie gehäuft. Beschäftigte aus Osteuropa, die in Subunternehmen arbeiten, werden oft hemmungslos ausgebeutet. Bei verschachtelten Firmenkonstruktionen sind auch Betrügereien bei der Lohnabrechnung und Verstöße gegen Schutzvorschriften keine Seltenheit. Der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Schiewerling, wollte das nicht länger hinnehmen. Über Monate hinweg hat er auf eine Gesetzesänderung gedrungen, mit der die Rechte von Arbeitnehmern in diesem Wirtschaftszweig deutlich gestärkt werden. Anfang Juni beschloss der Bundestag eine entsprechende Novelle.

Danach wird der Arbeitgeber für seine Subunternehmer in Haftung genommen. Auch für die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge ist er verantwortlich. Zudem muss er Arbeitsmittel wie Werkzeug und Schutzkleidung kostenfrei zur Verfügung stellen. Die Arbeitszeiten der Angestellten müssen noch am selben Tag erfasst werden. »Diese Regelungen sind aus zwei Gründen sehr wichtig«, sagt Schiewerling: »Zum Schutz der Arbeitnehmer und auch zum Schutz derjenigen Unternehmen, die schon jetzt seriös arbeiten.«

 Bundestagsdrucksache  
18/12611 (S. 66–72 und S. 135–138)

...die Ausbildung in der Pflege reformiert wird?

Die Ausbildungsgänge in der Alten-, der Kranken- und der Kinderkrankenpflege werden stärker miteinander verzahnt. In den ersten beiden Lehrjahren werden künftig alle Auszubildenden gemeinsam unterrichtet. Dies hat der Bundestag nach langen und ausführlichen Beratungen im Juni beschlossen.

Im dritten Lehrjahr können sich die Auszubildenden entscheiden, ob sie sich auf Kinderkranken- oder Altenpflege spezialisieren oder ob sie den generalistischen Lehrgang fortsetzen wollen. Beenden die Auszubildenden ihre Berufsausbildung schon nach zwei Jahren, können sie den Abschluss Pflegeassistentz anstreben, soweit dies nach Landesrecht möglich ist.

Die neue Pflegeausbildung ist für alle Auszubildenden künftig kostenfrei. Angesichts des großen Bedarfs an Pflegekräften wird so ein zusätzlicher Anreiz für Schulabgänger geschaffen, den Pflegeberuf zu wählen. Finanziert werden die Ausbildungsgänge über einen gemeinsamen Fonds, in den alle Akteure des Pflegebereichs einzahlen.

Die Reform wird nach sechs Jahren überprüft. Haben dann mehr als die Hälfte der Auszubildenden den generalistischen Abschluss gewählt, entscheidet der Bundestag darüber, ob die getrennten Abschlüsse entfallen sollen.

 Bundestagsdrucksachen  
18/12847, 18/7823

...Raser künftig mit Gefängnis rechnen müssen?

Rasen kann tödlich enden. Das gilt insbesondere für illegale Autorennen. Jedes Jahr werden Menschen getötet oder verletzt, nur weil unverantwortliche Fahrer sich diesem Nervenkitzel hingeben. Wer in Zukunft ein solches Rennen veranstaltet oder daran teilnimmt muss mit bis zu zwei Jahren Haft rechnen. Der Bundestag verabschiedete im Juni ein Gesetz, das unverantwortliches Rasen als Straftat einstuft.

Das bisherige Recht behandelt illegale Autorennen lediglich als Ordnungswidrigkeit. Wenn niemand zu Schaden kommt, erhalten teilnehmende Autofahrer in der Regel ein Bußgeld von 400 Euro und ein einmonatiges Fahrverbot, Veranstalter müssen 500 Euro zahlen.

Angesichts der erheblichen Gefahren, die von solchen Autorennen ausgehen, sah der Gesetzgeber Handlungsbedarf. Gefährdet ein Autofahrer andere Menschen oder bedeutende Werte, kann er mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden. Werden Menschen getötet oder verletzt, sollen sogar bis zu zehn Jahre Haft möglich sein – in jedem Fall aber mindestens ein Jahr. Auch einzelne Raser werden härter bestraft. Wer sich grob verkehrswidrig und rücksichtslos verhält und dabei versucht, »eine höchstmögliche Geschwindigkeit zu erreichen«, muss mit bis zu zwei Jahren Haft rechnen.

Illegale Autorennen und rücksichtsloses Rasen sind keine Kavaliersdelikte. Die Neuregelung sendet das klare Signal, dass Raser, die für den eigenen Kick eine Verletzung oder sogar den Tod Unschuldiger billigend in Kauf nehmen, mit der harten Antwort des Rechtsstaats rechnen müssen.

 Bundestagsdrucksache  
18/10145



# »Wir haben die Weichen richtig gestellt«

Wirtschaft wächst – Arbeitslosenzahl sinkt – Beschäftigtenzahl auf Rekordhoch

**I**m Wahljahr 2017 steht Deutschland hervorragend da. Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt und die Zahl der Beschäftigten nimmt zu. Im Juni hob die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Wirtschaftsprognose für die Bundesrepublik an. Sie erwartet für das laufende und das kommende Jahr ein Wachstum von je 2,0 Prozent. Die positive Entwicklung ist vor allem ein Verdienst der Arbeitnehmer und der Unternehmen. Das Wachstum ist aber auch Ergebnis kluger Politik der CDU/CSU-geführten Bundesregierung.

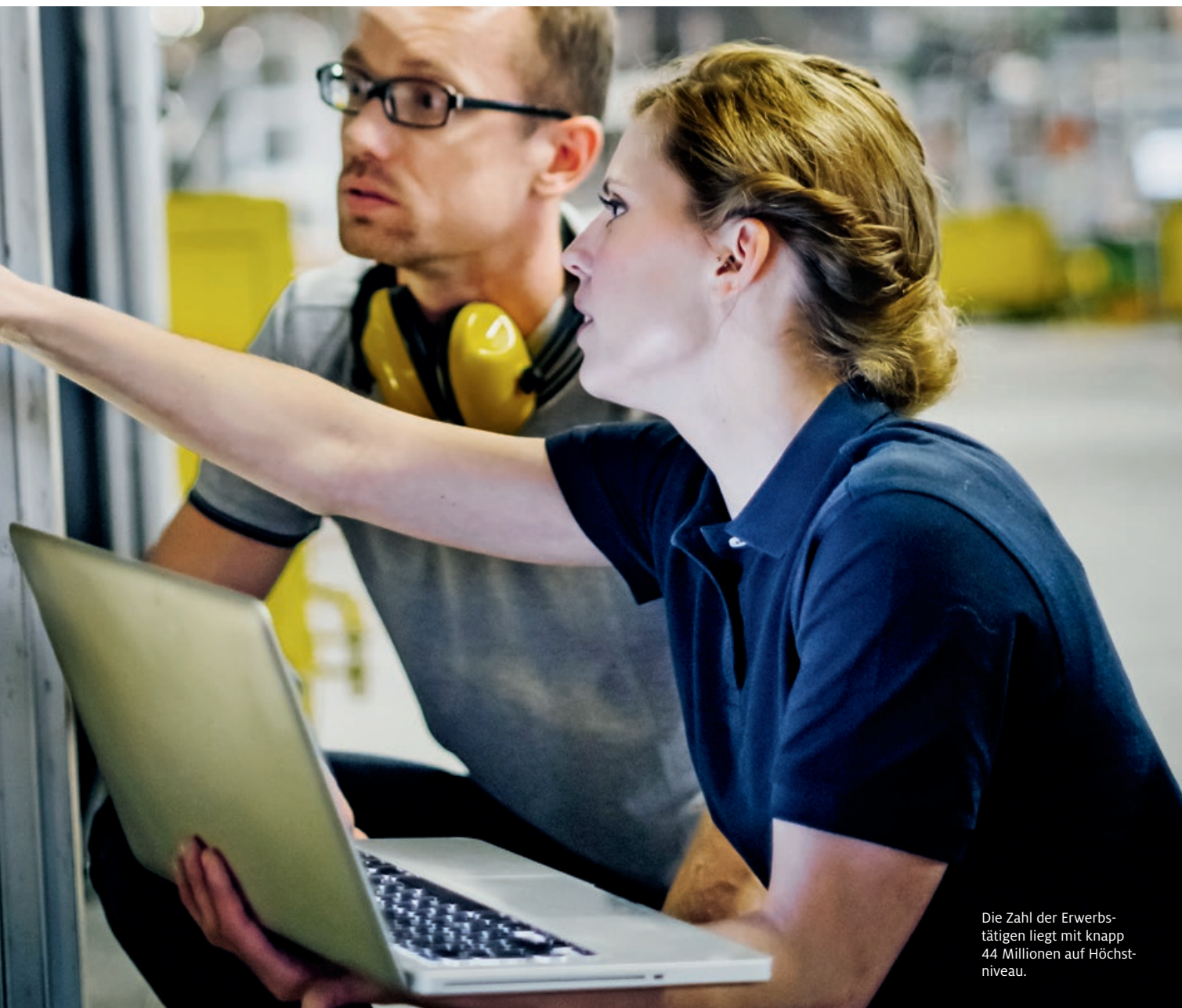
»Wir haben in dieser Wahlperiode die Weichen richtig gestellt«, sagt der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Michael Grosse-Brömer. »Die Union hat sich immer dafür eingesetzt, dass sich Leistung in unserem Land lohnt. Sie wird es auch weiterhin tun«, fügt er hinzu. Laut Grosse-Brömer (CDU) hat die Unionsfraktion gegen große Widerstände erreicht, dass die Steuerbelastung von Arbeitnehmern und Betrieben in dieser Legislatur nicht gestiegen ist. »Das

schaft Planungssicherheit und stärkt die Leistungsbereitschaft jedes Einzelnen.«

Auch die Bundesregierung bewertet die Wachstumsaussichten positiv, wenngleich sie sich ein wenig vorsichtiger zeigt als die OECD. Die Wirtschaftsweisen erwarten in diesem Jahr ein Plus von 1,5 und für das nächste von 1,6 Prozent. Die gute Konjunktur treibt auch die Beschäftigung auf ein Rekordhoch. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes liegt die Zahl der Erwerbstätigen bei knapp unter 44 Millionen. Dies ist ein Höchststand seit Beginn der gesamtdeutschen Berechnungen im Jahr 1991.

Die Beschäftigungsaussichten für Deutschland nennt die OECD gleichermaßen erfreulich. Derzeit gehen hierzulande 66 Prozent der Menschen im Alter von 15 bis 74 Jahren einer Beschäftigung nach, wie die Organisation in ihrer Analyse vom Juni schreibt. Damit liegt Deutschland fünf Prozentpunkte über dem Durchschnitt der 35 OECD-Länder. Bis Ende 2018 erwartet die OECD einen Anstieg auf 68 Prozent.



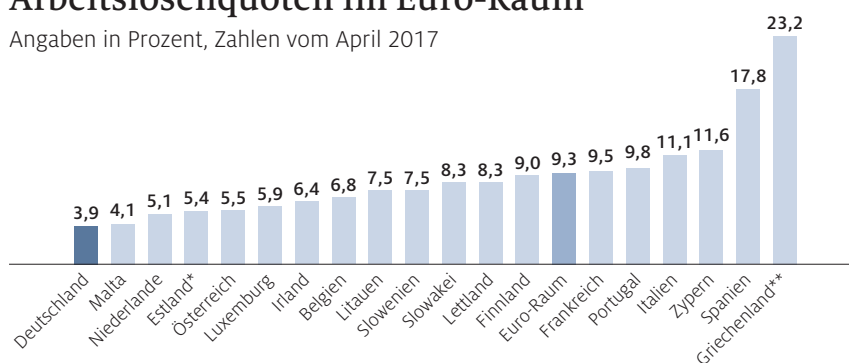


Die Zahl der Erwerbstätigen liegt mit knapp 44 Millionen auf Höchstniveau.

© Getty Images/Tom Werner

## Arbeitslosenquoten im Euro-Raum

Angaben in Prozent, Zahlen vom April 2017



Quelle: eurostat vom 31. Mai 2017

\*Estland: Zahlen vom März 2017; \*\*Griechenland: Zahlen vom Februar 2017

### Auf Erreichtem nicht ausruhen

Die Bundesagentur für Arbeit teilte Ende Mai mit, dass die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit 1991 unter 2,5 Millionen gesunken ist. Ihren Berechnungen zufolge entspricht das

einer Quote von 5,6 Prozent. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen – also der Menschen, die über ein Jahr ohne Beschäftigung sind – ging auf 910.000 zurück. In der Euro-Zone war Deutschland im April Spitzenreiter: Nach einheitlicher Rechnung lag die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik bei 3,9 Prozent und damit so niedrig wie in keinem anderen Euro-Land.

Auch wenn der Arbeitsmarkt in sehr robuster Verfassung ist und die Wirtschaft boomt – der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der Fraktion, Karl Schiewerling (CDU), mahnt:

»Darauf dürfen wir uns nicht ausruhen.« Deutschland befinde sich mitten in großen Umbrüchen und Veränderungen. »Der demografische Wandel, die Digitalisierung und auch die Arbeitsmarktintegration der vielen zu uns geflüchteten Menschen stellen uns vor große Herausforderungen.«





rungen.« Als zentrale Stellschrauben für eine weitere gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nennt er berufliche Weiterbildung und Qualifizierung. »Wir müssen Weiterbildung als lebenslangen Prozess begreifen.«

### »Wohlstand ist kein Selbstläufer.«

Auf den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Erfolg und Bildung verweist auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Kretschmer. »Wohlstand ist kein Selbstläufer, sondern muss jeden Tag neu erarbeitet werden. Nur mit gut ausgebildeten und kreativen Menschen kann es uns gelingen, auch in Zukunft international wettbewerbsfähige Güter und Dienstleistungen zu produzieren«, sagt Kretschmer. Der Generalsekretär der sächsischen CDU erinnert daran, dass die unionsgeführten Bundesregierungen in den vergangenen elf Jahren das Budget für Bildung und Forschung mehr als verdoppelt haben. Mit der »Exzellenzinitia-

Zentrale Stellschrauben für eine gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind berufliche Weiterbildung und Qualifizierung.





# Ein Stück gelebte Generationengerechtigkeit

## Haushaltskonsolidierung schafft Voraussetzung für Investitionen

**G**erne wird die »schwäbische Hausfrau« in den Zeugnissstand gerufen, wenn es um die Tugend der Sparsamkeit geht. Sparsamkeit und Umsicht bei den Ausgaben sind aber Tugenden, für die auch die CDU/CSU-Fraktion steht. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ist es 2014 gelungen, erstmals seit über 40 Jahren einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen. Seit 2015 erzielt der Bund sogar Überschüsse – und das, ohne die Steuern zu erhöhen. Damit schafft die CDU/CSU-geführte Bundesregierung Spielraum für die Investitionen von morgen: ein Stück gelebte Generationengerechtigkeit.

Die sprichwörtliche »schwarze Null« – fast hat sich die Republik in den vergangenen drei Jahren schon daran gewöhnt, dass für nötige Investitionen keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden müssen. Fast 45 Jahre lang sah das allerdings anders aus. Dabei machte es in schwierigen Wirtschaftslagen durchaus Sinn, mit staatlicher Neuverschuldung die Konjunktur anzukurbeln. Angesichts steigender Steuereinnahmen, historisch niedriger Zinslasten und eines soliden Wirtschaftswachstums stellte sich in dieser Legislaturperiode aber zu Recht die Frage: Wann die Neuverschuldung auf Null zurückführen, wenn nicht jetzt?

Doch selbst in Zeiten guter Kassenlage ist es nicht immer leicht, gegen die Begehrlichkeiten verschiedenster Interessengruppen in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft anzukämpfen. Diese konsequente Sparpolitik ist Finanzminister Schäuble und den Haushältern der Fraktion daher hoch anzurechnen. Sie schaffen damit die Voraussetzungen für Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung. Auch dringend nötige Mittel für den Verteidigungs- und Entwicklungshaushalt lassen sich damit finanzieren. Nicht zuletzt konnten Rücklagen geschaffen werden, um die Kosten der Integration von knapp einer Million Bürgerkriegsflüchtlingen zu decken.

Indem der Bund Überschüsse erwirtschaftet, können auch Schulden getilgt werden. Selbst der von der SPD gerne zitierte Ökonom John Maynard Keynes hat gelehrt, dass ein Staat in guten Zeiten Schulden abbauen sollte. Die deutsche Schuldenlast liegt noch immer über dem Maastricht-Kriterium von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die CDU/CSU-Fraktion hätte gerne bereits den Haushaltsüberschuss von 6,2 Milliarden aus dem Jahre 2016 zur Tilgung verwendet. Letztlich konnte sie sich damit aber nicht durchsetzen. So fließt das Geld nun in die Rücklage zur Finanzierung der Flüchtlingskosten.

Den Schuldenberg abzubauen bedeutet auch eine Entlastung der Generationen von morgen. Und schon für die Zeit nach der Wahl hat die CDU/CSU-Fraktion – sollte sie die Regierung stellen – den nötigen Spielraum, die Steuern zu senken.

Trotz konsequenter Sparpolitik bleiben im Haushalt genügend Mittel für Zukunftsinvestitionen – zum Beispiel in die Infrastruktur.



© Fotolia/Wolffner

tive« und dem »Pakt für Forschung und Innovation« stärke die Koalition die Spitzenforschung. Kernstück der Innovationspolitik sei jedoch die weltweit beachtete Hightech-Strategie der Bundesregierung, die das Land an die Weltspitze der wichtigsten Zukunftsmärkte führen solle.

Der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Albert Rupprecht, stellt heraus, was die Koalition für die Studenten getan hat. Deren Situation sei

mit der Anhebung der BAföG-Sätze 2016 entscheidend verbessert worden. Der Ausbau des Meister-BAföG zum »Aufstiegs-BAföG« führe dazu, dass sich die von der Wirtschaft so dringend benötigten Facharbeiter leichter fortbilden könnten. »Für uns ist die berufliche Bildung genauso viel wert wie die akademische Bildung«, betont der CSU-Abgeordnete. »Und wir wollen sie weiter stärken, sonst fehlen uns morgen die Fachkräfte.« Dazu wolle die Union einen neuen Pakt mit allen Akteuren der beruflichen Bildung auf den Weg bringen.

»Berufliche Bildung ist genauso viel wert wie akademische.«

#### Investitionen in die Infrastruktur steigen

Nicht minder wichtig sind die Investitionen in die Infrastruktur. Eine hervorragende Verkehrsinfrastruktur und schnelle Breitbandnetze sind Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Bis zum Jahr 2018 steigen die Investitionen in Straßen, Schienen und Wasserwege um rund 40 Prozent gegenüber 2014. Mit einem Förderprogramm ebenfalls in Milliardenhöhe leistet der Bund erstmals einen erheblichen Beitrag zum Breitbandausbau. Der ländliche Raum und die Gewerbegebiete sollen flächendeckend an Glasfasernetze angeschlossen werden. Auch die Umsetzung der Energiewende gehört zu den maßgeblichen Aufgaben der nahen Zukunft. Die Unionsfraktion tritt für mehr Wettbewerb bei der Förderung der erneuerbaren Energien ein. Denn für sie gilt die Maxime: Strom muss für Bürger und Unternehmen bezahlbar bleiben.

## »Wir müssen das Land leistungsstark halten«

Volker Kauder über die Herausforderungen der Zukunft

**H**err Kauder, was war für Sie der größte politische Erfolg in dieser Legislaturperiode?

Kauder: Deutschland ist trotz vieler großer Herausforderungen auf Erfolgskurs geblieben. Nicht wenigen Menschen geht es heute besser als vor vier Jahren. Die Arbeitslosigkeit ist gesunken. Die Löhne sind gestiegen. Dazu hat auch die Politik beigetragen, die für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen gesorgt hat. Das wichtigste Einzelprojekt in dieser Wahlperiode war sicher die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Der Bundesstaat hat damit eine neue Grundlage. Damit verbunden sind wichtige Zukunftsprojekte. Wir haben mit der Verkehrsinfrastrukturgesellschaft die Voraussetzungen geschaffen, schneller neue oder bessere Autobahnen zu realisieren. Der Bund gibt auch Geld für die Sanierung von Schulen in notleidenden Kommunen.

Worin sehen Sie die wichtigsten Aufgaben für die nächsten Jahre? Wie kann der Wohlstand erhalten werden?

Kauder: Wir müssen das Land leistungsstark halten. Davon profitieren dann alle, gerade auch die, die heute nicht so viel in der Tasche haben. Für die wollen wir die Steuern senken. Gleichzeitig werden wir dann in der Lage sein, auch mehr in Bildung, Forschung und Sicherheit zu investieren. Wir werden auch mehr für die jungen Familien tun.

Wie kann Deutschland die Herausforderungen der Digitalisierung meistern?

Kauder: Der Schlüssel ist der Ausbau des schnellen Internet überall im Lande. Nur dann werden wir in der Lage sein, auch die ländlichen Räume stark zu halten. Das schnelle Internet ist Voraussetzung, dass die Firmen und auch die Bevölkerung auf



## Steuerliche Forschungsförderung zentral

BDI-Hauptgeschäftsführer Joachim Lang fordert darüber hinaus: »Die Politik muss vor allem die private Investitionstätigkeit fördern und mit steuerlichen Anreizen Investitionen auslösen.« Die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung sei dafür der wichtigste Schritt. »Bessere steuerliche Regeln für Investitionen in die digitale Wirtschaft und Infrastruktur, die Gebäudesanierung und die Weiterbildung der Arbeitnehmer bringen uns ebenfalls voran.« Größere Forschungsanstrengungen des Staates seien zudem notwendig, um an der Spitze im Innovationswettbewerb mithalten zu können. »Deutschlands Rohstoff heißt industrielle Technologie«, erklärte Lang gegenüber »Fraktion direkt«.

Auch der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), Michael Hüther, nannte als Hauptaufgaben für die Politik der nächsten Jahre, die Digitalisierung voranzutreiben und die Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Energie und Breitband auszubauen. In einer Stellungnahme für »Fraktion direkt« fordert er unter anderem »eine Reform der Energiewende mit dem Ziel, mehr Wettbewerb zuzulassen und sie technologieneutral zu gestalten«. Er regt zudem eine faire Gestaltung des Steuersystems an – »verbunden mit Anreizen für die Förderung von Forschung und Entwicklung«. Nicht minder wichtig sei »eine Perspektive für Regionen, die abgehängt zu werden drohen«. Hüther betont: »Der Strukturwandel muss gestaltet werden, auch mit Blick auf die demografische Entwicklung.«

»Der Strukturwandel muss gestaltet werden.«



**Volker Kauder**  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

### Wohin muss sich die EU nach dem Brexit entwickeln?

Kauder: Vielleicht war das Brexit-Votum so etwas wie ein heilsamer Schock. Der Zulauf der Populisten ist in ganz Europa schwächer geworden. Die Menschen lernen die EU neu schätzen. Die Politik muss dem entsprechen. Die EU muss in vielen Bereichen besser werden. Ich bin optimistisch. Wenn Angela Merkel die Wahl gewinnt, wird sie mit dem neuen französischen Präsidenten Emmanuel Macron neue Impulse setzen.

### In Zeiten des Terrors rufen die Menschen nach einem starken Staat. Wie kann Sicherheit gewährleistet werden?

Kauder: Die Union hat große Anstrengungen unternommen, die Sicherheitslage im Lande trotz der Bedrohungen stabil zu halten. Die Zahl der Bundespolizisten wird erhöht. Zahlreiche Gesetze wurden verschärft. Leider hat unser Koalitionspartner immer wieder Vorhaben verzögert. Dennoch sind wir schon weit gekommen, aber auch hier bleibt noch viel zu tun.

dem Land bleiben. Der Bund und auch die Kommunikationsunternehmen haben Einiges erreicht. Die Anstrengungen reichen aber nicht. Deutschland muss hier noch besser werden.

Von der Erhöhung der Mütterrente profitieren fast zehn Millionen Frauen, die vor 1992 Kinder geboren und erzogen haben.





# Gerechtigkeit für Zahler und Empfänger

Die Renten haben sich in den vergangenen Jahren sehr erfreulich entwickelt

**E**ine solide und gerechte Rentenpolitik ist ein Markenzeichen von CDU und CSU. Von der Einführung der dynamischen Rente durch Konrad Adenauer 1957 über den ebenso strittigen wie zutreffenden Satz von Norbert Blüm »Die Rente ist sicher« bis hin zur Einführung und Ausweitung der Mütterrente trägt die Rentenpolitik in Deutschland bis heute ganz maßgeblich die Handschrift der Union.

Für die Union war es im Bundestagswahlkampf 2013 und auch schon lange davor ein zentrales Anliegen, die Situation all derjenigen Frauen zu verbessern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Weil es damals kaum Kindertagesstätten und Ganztagsbetreuung in den Schulen gab, hatten diese Mütter oft keine Möglichkeit, Berufstätigkeit und Familie miteinander zu verbinden. Sie mussten deshalb entsprechende Einkommensverluste hinnehmen. Für den sozial- und arbeitsmarktpolitischen Sprecher der Fraktion, Karl Schiewerling (CDU), ist die von der Union 2014 durchgesetzte Erhöhung der Mütterrente deshalb ein wichtiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit in Deutschland: »Wir haben das getan, weil diejenigen, die Kinder erzogen haben, überhaupt erst dafür gesorgt haben, dass es unserem Land heute gut geht.«

»Die Erhöhung der Mütterrente war ein Herzensanliegen.«

Schiewerling weist auch darauf hin, dass die Erhöhung der Rentenansprüche für fast zehn Millionen Frauen, die vor 1992 Kinder geboren und erzogen haben, »ein Herzensanliegen« vieler Frauenverbände wie der Frauen-Union, der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands und dem Deutschen Landfrauenverband gewesen ist. Sie alle hätten in der Vergangenheit »dieses wichtige Anliegen in die Union hineingetragen – und wir haben es aufgegriffen und umgesetzt«.

Nun erhalten diese Mütter pro Kind monatlich rund 30 Euro mehr Rente. Somit gibt es bei zwei vor 1992 geborenen Kindern für die Mutter rund 700 Euro im Jahr zusätzlich. Einige Frauen haben jetzt sogar erstmals Rentenansprüche erworben, zum Beispiel wenn sie nur die Zeiten für drei vor 1992 geborene Kinder im Rentenkonto haben.

## Rentenkasse hat Polster aufgebaut

Außerdem hat die Koalition auch die abschlagsfreie Rente mit 63 auf den Weg gebracht. Sie kann von Arbeitnehmern nach 45 Beitragsjahren in Anspruch genommen werden. Kurze Zeiten der Arbeitslosigkeit werden angerechnet,

allerdings nicht in den zwei Jahren vor Bezug der Rente mit 63. Denn es soll kein Anreiz für Frühverrentungen geschaffen werden.

Als Folge der guten wirtschaftlichen Entwicklung hat sich auch die Höhe der Renten insgesamt in den vergangenen Jahren sehr erfreulich entwickelt. Am stärksten war der Anstieg im Jahr 2016 mit fast sechs Prozent in den neuen Bundesländern und 4,25 Prozent im Westen. Für 2017 wird ein erneuter Anstieg von 3,6 Prozent im Osten und 1,9 Prozent im Westen erwartet. Insgesamt lag die Höhe der Rentensteigerungen in den Jahren 2014 bis 2017 bei knapp 14,6 Prozent im Osten und nahezu 10,0 Prozent im Westen. Damit liegt die Höhe der Rente gegenwärtig über den bisherigen Prognosen für das Rentenniveau. Hält die gute wirtschaftliche Entwicklung an, wofür sich die Union mit aller Kraft einsetzt, wird das auch in den kommenden Jahren der Fall sein.

# Betriebsrenten werden attraktiver

Zahl der Anspruchsberechtigten soll steigen – Verbesserungen auch bei der Riester-Rente

**W**er ein Leben lang gearbeitet hat, muss im Alter finanziell abgesichert sein. Betriebsrenten sind als »zweite Säule« der Altersvorsorge eine wichtige Ergänzung der gesetzlichen Rente, die vor allem von Menschen mit niedrigem Einkommen noch zu wenig in Anspruch genommen wird. Um das zu ändern, hat der Bundestag Anfang Juni das Betriebsrentenstärkungsgesetz beschlossen. »Wir wollen erreichen, dass der Anteil der Arbeitnehmer mit Anspruch auf Betriebsrente von heute knapp 60 Prozent auf mindestens 80 Prozent steigt«, sagt Peter Weiß (CDU), Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Das Gesetz sieht unter anderem vor, dass Arbeitgeber künftig eine Steuervergünstigung erhalten, wenn sie Beschäf-

tigten mit weniger als 2.200 Euro Bruttoeinkommen im Monat eine Betriebsrente gewähren. Zudem wird die Riester-Rente verbessert. Die staatliche Grundzulage steigt von 154 auf 175 Euro. Diese Förderung kann auch für Betriebsrenten genutzt werden.

Von besonderem Interesse für Menschen mit niedrigem Einkommen ist auch die Neuregelung, dass Zahlungen aus der freiwilligen Altersvorsorge in Zukunft bis zu einer Obergrenze von 202 Euro nicht mehr auf die Grundsicherung angerechnet werden. »Menschen, die für ihre Vorsorge alles getan haben, was sie können, und dennoch im Alter auf staatliche Hilfe angewiesen sind, müssen für ihre Ansparungen belohnt werden«, sagt der sozial- und arbeitsmarktpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Schiewerling (CDU).

Eine wichtige Neuerung stellt das Konzept der »Zielrente« dar. Wenn der Arbeitgeber seinen Beschäftigten über die Tarifpartner eine Betriebsrente anbietet, muss er keine feste Höhe mehr zusagen. Ohne diese garantierte Rentenleistung können die Beiträge flexibler und mit sehr viel besseren Renditechancen angelegt werden, was gerade in einer Zeit niedriger Zinsen von Bedeutung ist.

Betriebsrenten werden vor allem von Menschen mit niedrigem Einkommen noch zu wenig in Anspruch genommen.







Der Beitragssatz zur Rentenversicherung sank in den vergangenen fünf Jahren von 19,9 auf 18,7 Prozent.

© Fotolia/Andrey Barandenko

Stephan Stracke (CSU), Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales, weist darauf hin, dass sich seit der Regierungsübernahme der Union vor zwölf Jahren auch die Finanzsituation der Rentenkasse fundamental gebessert hat. Brauchte die Rentenversicherung Ende November 2005 noch eine Liquiditätshilfe des Bundes in Höhe von 900 Millionen Euro, so hat sie mittlerweile eine Rücklage in zweistelliger Milliardenhöhe aufgebaut. Ende April 2017 belief sich die Nachhaltigkeitsrücklage auf mehr als 30 Milliarden Euro, was rund 1,45 Monatsausgaben entspricht. Und dabei gelang es sogar, den Beitragssatz zur Rentenversicherung von 19,9 Prozent auf jetzt 18,7 Prozent zu senken. Mit einer klugen Politik lassen sich Gerechtigkeit für Beitragszahler und Beitragsempfänger eben doch miteinander vereinbaren.

### Besserungen bei der Erwerbsminderungsrente

Die große Koalition hat auch etwas für diejenigen Menschen getan, die aus gesundheitlichen Gründen ihre Berufstätigkeit einschränken oder sogar ganz aufgeben müssen. Ein solcher Schritt geht oft mit einem schweren persönlichen Schicksalsschlag einher. Bis 2014 wurden Betroffene bei der Erwerbsminderungsrente so gestellt, als hätten sie bis zum 60. Lebensjahr weiter gearbeitet. Diese sogenannte Zurechnungszeit hat die Koalition bereits zum Anfang der Legislaturperiode um zwei Jahre auf 62 Jahre erhöht. Für neue Betroffene wird die Zurechnungszeit bis 2024 stufenweise um weitere drei Jahre auf 65 Jahre verlängert. Entsprechende Regelungen gelten auch für die Erziehungs- und Hinterbliebenenrenten. Gemäß dem Grundsatz »Reha vor Rente« wurde auch das

»Die Flexirente ist eine Brücke in die Zukunft.«

Reha-Budget deutlich erhöht, aus dem Versicherte Leistungen zur medizinischen und beruflichen Rehabilitation erhalten.

Carsten Linnemann, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU/CSU, hat sich stets dafür eingesetzt, dass die Menschen freier als bisher entscheiden können, ob sie auch über das Renteneintrittsalter hinaus berufstätig bleiben wollen. Insofern war es für ihn auch ganz persönlich ein Erfolg, dass der Bundestag im Herbst 2016 das Flexirentengesetz beschlossen hat, mit dem also längeres Arbeiten ermöglicht und belohnt wird. Wer neben der Rente arbeitet, kann zukünftig mit zusätzlichen eigenen Beiträgen und mit den Beiträgen des Arbeitgebers auch die späteren Rentenansprüche weiter aufbessern. Zudem lässt sich der Übergang von Arbeit zum Ruhestand fließender und individueller gestalten. Zwar bleiben Hinzuverdienstgrenzen bei vorgezogenen Altersrenten bestehen, doch wird das Hinzuverdienstrecht wesentlich vereinfacht. Jedes Mitglied der gesetzlichen Rentenversicherung kann sich darüber informieren, wie sich das Vorziehen oder Hinausschieben des Rentenbeginns auf die finanziellen Leistungen auswirkt.

»Die Flexirente ist eine Brücke in die Zukunft der Rentenpolitik«, lobt Linnemann (CDU) die Reform. Darin stimmt ihm auch Peter Weiß (CDU) zu, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der

Fraktion. Heute sei die überwiegende Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht an starren Grenzen und Regeln interessiert, »sondern daran, das eigene Leben und damit auch das eigene Arbeitsleben selber zu regeln«. Das betreffe nicht zuletzt die Frage, wann man aufhört zu arbeiten und ob man sein Arbeitsleben nicht abrupt beendet, sondern langsam ausklingen lässt.



# »Für jeden Landkreis ein Silicon Valley«

Michael Fuchs über Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung – Breitbandausbau entscheidend

**D**er digitale Wandel umfasst alle Lebensbereiche: die Wirtschaft, die Verwaltung, das Privatleben. Aufgabe der Politik ist es, den Ordnungsrahmen zu schaffen und die Weichen richtig zu stellen, damit Deutschland sich den Herausforderungen der Digitalisierung stellen und ihre Chancen nutzen kann. Über »Deutschland 4.0« sprach »Fraktion direkt« mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Fuchs (CDU).

**Herr Fuchs, der technologische Umbruch, der mit der Digitalisierung einhergeht, wird gerne mit der Erfindung des Buchdrucks oder der Dampfmaschine verglichen. Worin besteht der Quantensprung?**

Fuchs: Der Quantensprung besteht in der potenziellen Vernetzung sämtlicher Lebensbereiche und Wirtschaftsprozesse. Speicherkapazitäten und Rechenleistung steigen nicht linear, sondern exponentiell – für das menschliche Gehirn ist das nur schwer vorstellbar. Das bedeutet, dass die Anzahl der Arbeitsschritte in der Wirtschaft drastisch reduziert werden wird.

**Es heißt immer, die Politik muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Was heißt das konkret? Wo muss sie anpacken?**

Fuchs: Die unendlichen Möglichkeiten der Vernetzung und Digitalisierung können nicht ausgeschöpft werden, solange kein entsprechender Anschluss an das Internet besteht. Der Ausbau der Breitbandinfrastruktur im Gigabit-Bereich wird eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre sein. Rahmenbedingungen

für Fachkräfte sind ein weiterer Punkt, zum Beispiel durch die entsprechenden Ausbildungsordnungen. Und auch die staatliche Verwaltung muss

mit der Digitalisierung Schritt halten. Da gibt es noch eine Menge zu tun.

Ich warne im Übrigen aber davor, dass der Staat von sich aus gewisse Technologien präferiert und fördert. Das ist grundsätzlich keine öffentliche Aufgabe, sondern eine von Universitäten und Forschungsabteilungen der Unternehmen.

**Gehen wir ins Detail: Was braucht es, damit auch Deutschland sein »Silicon Valley« bekommt?**

Fuchs: Naja, am liebsten wäre mir kein großes Silicon Valley, sondern in jedem Landkreis Deutschlands ein kleines Silicon Valley. Denn in der dezentralen Wirtschaftsstruktur Deutschlands liegt eine unserer Stärken. Kurz umrissen ist dafür nötig: Bereitstellung von Infrastruktur – also insbesondere eines Breitbandanschlusses – sowie Kooperationen mit lokalen Hochschulen und Unternehmen. Neudeutsch heißt das Cluster. Gleichzeitig muss sich die Politik immer wieder bewusst machen: Kleine Unternehmen sind ebenso wichtig wie große Produktionsstätten.

**Wenn wir auf den Arbeitsmarkt schauen: Wo kommen die IT-Fachkräfte her, die wir brauchen?**

Fuchs: Im besten Fall vom eigenen Arbeitsmarkt. Es ist allerdings schon jetzt absehbar, dass wir auch bei optimaler Aus- und Weiterbildung nicht genügend Arbeitskräfte rekrutieren können. Das ergibt sich allein aus der Demografie. Wenn wir unsere hervorragende wirtschaftliche Stellung behalten wollen, führt meines Erachtens an einer zielgerichteten Fachkräfteanwerbung im Ausland kein Weg vorbei. Dabei sollten wir uns aber zunächst auf Arbeitskräfte innerhalb der EU konzentrieren. Hier gibt es noch viel Luft nach oben. In der EU können wir Talente für unsere Wirtschaft gewinnen, die in ihren eigenen Ländern von Jugendarbeitslosigkeit bedroht sind. Das ist eine Win-Win-Situation.

**Und was geschieht mit den Arbeitnehmern, deren Jobs überflüssig werden – etwa den**

»Die staatliche Verwaltung muss mit der Digitalisierung Schritt halten.«





**Michael Fuchs**  
Stellvertretender  
Vorsitzender der  
CDU/CSU-Bundestags-  
fraktion

© Steven Röhler

## »Die Schlüsselworte heißen Bildung und Weiterbildung.«

### **LKW-Fahrern, die in selbstfahrenden Lastern nicht mehr gebraucht werden?**

Fuchs: Die Schlüsselworte heißen Bildung und Weiterbildung. Ich warne im Übrigen vor Schreckensszenarien. Die digitale Revolution schreitet schnell voran, allerdings gehen nicht »über Nacht« ganze Berufsfelder verloren. Mit jedem Beruf, dessen Bedeutung zurückgeht, kommen vollkommen neue Berufsfelder hinzu. Unsere Aufgabe ist es, diese Transformationen unterstützend zu begleiten, indem wir a) »lebenslanges Lernen« fördern und b) im Notfall ein soziales Sicherungssystem vorhalten – das es bei uns aber schon in einem weltweit einzigartigen Umfang gibt.

Wir sollten uns allerdings nicht der Illusion hingeben, dass wir als Staat Berufsfelder erhalten könnten.

### **Können wir die Soziale Marktwirtschaft erhalten, die sich seit fast 70 Jahren bewährt hat?**

Fuchs: Ja! Ich würde sogar sagen: Gerade in wirtschaftlichen Umbruchphasen spielt die Soziale Marktwirtschaft ihre Stärke aus – mit ihrem Raum

für Kreativität. Selbstverständlich wird sich die Soziale Marktwirtschaft aber weiterentwickeln. Denken Sie an Fragen des Arbeitsrechts. Ich bin überzeugt, dass wir hier in Zukunft einerseits mehr Flexibilität brauchen, um Arbeitsweisen in der Digitalisierung Rechnung zu tragen. Andererseits müssen wir den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weiter ein hohes Maß an Sicherheit und Verlässlichkeit geben. Das wird eine der Zukunftsaufgaben.

### **Wenn wir an die jüngsten Hackerangriffe denken, die Krankenhäuser und andere Infrastrukturen weltweit lahmgelegt haben, stellt sich die Frage: Was muss oder kann die Politik tun, um Datensicherheit und Datenschutz zu gewährleisten?**

Fuchs: Der Schutz seiner Bürger ist originäre Aufgabe des Staates. Für die Union gilt daher, dass konsequent jede Straftat verfolgt werden muss. Weitere Straftaten müssen wir zu verhindern versuchen. Ich denke hier an einen Dreiklang von Maßnahmen: erstens den Ausbau der Strafverfolgungs- und Präventionsmittel im Cyberbereich. Zweitens die optimale Sicherung der staatlichen und privaten Einrichtungen im Bereich der Daseinsvorsorge. Und drittens Aufklärung für die Privatwirtschaft über die Bedeutung von Datensicherheit.

# Kinderehen künftig verboten

Eheschließung erst mit 18 Jahren möglich –  
Keine Ausnahmen mehr – Minderjährige gehören in die Schule

**Z**u Beginn der Legislaturperiode hätte wahrscheinlich niemand gedacht, dass sich der Deutsche Bundestag je mit der Verheiratung von Kindern beschäftigen müssen würde. Zu abstrakt und zu fremd erschien das Problem den Politikern mitten in Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Dies hat sich mit der Flüchtlingsbewegung schlagartig geändert. Daher musste die Koalition handeln. Ein entsprechendes Verbot von Kinderehen verabschiedete der Bundestag Anfang Juni auf Initiative der Unionsfraktion.

In den vergangenen beiden Jahren sind Hunderttausende Menschen aus überwiegend islamisch geprägten Ländern nach Deutschland gekommen. Infolgedessen begannen sich Meldungen über Kinderehen unter Zuwanderern zu häufen. Im Juli 2016 waren im Ausländerzentralregister rund 1.500 minderjährige, verheiratete Ausländer verzeichnet. Davon waren fast 400 unter 14 Jahren.

Spätestens nach der aufsehenerregenden Entscheidung des Oberlandesgerichts Bamberg, das sich im Mai 2016 für den Fortbestand einer Ehe aussprach, bei der das Mädchen zum Zeitpunkt der Heirat erst 14 Jahre alt war, stand für die Union fest, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

## Bisherige Rechtslage kompliziert

Nach bisheriger Rechtslage darf in Deutschland heiraten, wer 18 Jahre alt ist. In Ausnahmefällen reicht es, wenn nur ein Partner volljährig und der andere mindestens 16 Jahre alt ist. Ein Familiengericht muss dann die Eheschließung genehmigen.

Für ausländische Staatsangehörige, die in Deutschland heiraten wollen, gelten bislang Besonderheiten: Bei ihnen richten sich die Voraussetzungen für eine Eheschließung nach dem Recht ihres Heimatlandes. Kommen Paare, die bereits verheiratet sind, nach Deutschland, so wird die Gültigkeit der Ehe ebenfalls nach dem Recht des Heimatlandes bestimmt. Etwas anders sieht es aus, wenn die Anwendung des ausländischen Rechts zu einem Ergebnis führen würde, das mit den wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts offensichtlich unvereinbar ist. Dies muss in jedem Einzelfall geprüft werden. Der bereits genannte Beschluss des OLG Bamberg zeigt, dass über das Heimatlandrecht auch problematische Konsequenzen Einzug in unsere Rechtsordnung halten können.

Nach Inkrafttreten des Verbots gibt es keine Interpretationsmöglichkeiten mehr. Das neue Gesetz setzt die Ehemündigkeit von 16 auf 18 Jahre herauf. Die bisherigen



Im Zuge der Flüchtlingsbewegung nahmen Meldungen über Kinderehen in Deutschland zu.

Ausnahmen für 16-Jährige gehören damit der Vergangenheit an. In Zukunft kann nur noch heiraten, wer mindestens 18 Jahre alt ist.

Auch für bereits geschlossene Ehen ändert sich die Rechtslage: Wenn ein Partner bei Eheschließung jünger als 16 Jahre alt war, ist die Ehe automatisch unwirksam. Das heißt, sie wird so behandelt, als hätte sie nie bestanden. War ein Partner zum Zeitpunkt der Eheschließung zwischen 16 und 18 Jahren, so muss ein Richter die Ehe aufheben. Davon kann nur in besonderen Härtefällen abgesehen werden. Beispiele für solche Fälle sind die Suizidgefahr eines Ehegatten oder eine lebensbedrohliche Erkrankung. Ein Sonderfall besteht auch dann, wenn der minderjährige Ehegatte inzwischen volljährig geworden ist und die Ehe bestätigt.

## Auch sogenannte Imam-Ehen verboten

Die neuen Grundsätze gelten für alle Ehen – auch die, die nach ausländischem Recht geschlossen wurden. Das neue Recht stellt darüber hinaus klar, dass künftig auch sogenannte Imam-Ehen mit Minderjährigen verboten sind. So muss derjenige, der Minderjährige »traut«, mit empfindlichen Geldbußen und mit aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen rechnen.

Kinderehen verletzen die Grundrechte von Kindern und Jugendlichen. Ihr Verbot sendet ein klares Signal: Minderjährige gehören in die Schule und haben Anspruch auf ein eigenes, selbstbestimmtes Leben.



# »Du musst dafür sorgen, dass die Fraktion zusammenhält!«

Michael Grosse-Brömer erinnert sich an Helmut Kohl

**H**elmut Kohl war in meiner Generation ein Kompass für unsere politische Orientierung. Das betraf sowohl seinen Einsatz für die deutsche als auch für die europäische Einigung. Ein ganz besonderes Erlebnis war es für mich, dass Helmut Kohl bei meiner ersten Sitzung als neu gewähltes Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im September 2002 dabei war. Wie üblich nahmen an der ersten Sitzung nach einer Bundestagswahl nicht nur die neuen, sondern auch die ausscheidenden Abgeordneten teil. Wir saßen recht nah beieinander und ich nutzte die Gelegenheit für ein erstes persönliches Gespräch. Wie er das wohl auch bei anderen immer tat, duzte er mich von Anfang an und wollte meinen Vornamen wissen. Es war für mich beeindruckend, mit dieser imposanten Persönlichkeit zu sprechen.

Später dann trafen wir uns häufiger im Bundestagsgebäude Unter den Linden 71, dem heutigen Matthias-Erzberger-Haus. Als Altkanzler hatte Helmut Kohl sein Büro im vierten Stock und ich meines im zweiten. Wenn wir uns im Fahrstuhl trafen, war er nie distanziert, sondern immer interessiert an den aktuellen Geschehnissen in der Fraktion. Nicht selten gab er mir dann auch noch einen Ratschlag für anstehende politische Entscheidungen mit auf den Weg.

Wie wohl für alle Kollegen, die dabei waren, ist auch für mich sein letzter Besuch in unserer Fraktion am 24. September 2012 unvergessen. Es war bewegend zu hören, wie er mehrfach betonte, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion seine Heimat sei und wie sehr er sich dort zu Hause fühle. Ich war damals noch relativ neu in meinem Amt als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer. In einem persönlichen Gespräch nach der Fraktionssitzung sagte er zu mir, dass dies eine sehr wichtige Position sei, für die er selbst auch immer gute Leute ausgewählt habe. »Du musst dafür sorgen, dass die Fraktion zusammenhält!«, verlangte er von mir.

Helmut Kohl war als Mensch und Politiker eine absolute Ausnahmeerscheinung: immer bereit dazu, neue Wege zu gehen, aber auch sehr machtbewusst, wenn es darum ging, das aus seiner Sicht Notwendige durchzusetzen. Er war sicher ein Mensch mit Ecken und Kanten. Aber das war vielleicht auch eine wichtige Voraussetzung dafür, dass er die deutsche und die europäische Geschichte so maßgeblich gestalten konnte.



Helmut Kohl bei seinem letzten Besuch in der Fraktion 2012



Michael Grosse-Brömer im Gespräch mit Helmut Kohl

# »Unsere Bilanz kann sich sehen lassen«

Franz Josef Jung blickt in Dankbarkeit und mit Wehmut auf zwölf Jahre Bundestag zurück



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Z**um Ende der Legislaturperiode scheiden mehr als 60 Abgeordnete von CDU und CSU aus dem Bundestag – unter ihnen der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Franz Josef Jung. Jung blickt auf eine lange politische Karriere zurück. Von 2005 bis 2009 war der CDU-Politiker Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland, 2009 kurz Bundesminister für Arbeit und Soziales. Vor seinem Einzug in den Bundestag hatte Jung in der hessischen Landespolitik wichtige Posten bekleidet. Von 1998 bis 2016 war er Bundesvorstandsmitglied der CDU. Über die Höhen und Tiefen eines Politikerlebens sprach »Fraktion direkt« mit Franz Josef Jung.

Herr Jung, wie fühlt es sich an, nach zwölf Jahren den Bundestag zu verlassen?

Jung: Ich bin insgesamt 45 Jahre Politiker gewesen. Gerne schaue ich auf die Dinge, die der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und mir in den letzten zwölf Jahren gelungen sind.

Als ich 2005 in den Bundestag eingezogen bin, war die Situation nach sieben Jahren Rot-Grün fatal: Wir hatten fünf Millionen Arbeitslose – jetzt sind es weniger als die Hälfte. Wir haben seit einigen Jahren stabile Finanzen und keine Neuverschuldung mehr. Wir haben Deutschland durch die europäische Finanzkrise gesteuert – die Bilanz kann sich sehen lassen.

Auch für die Bundeswehr haben wir viel erreicht. Wir sind weltweit akzeptierte Partner, wenn es darum geht, friedliche Verhältnisse zu schaffen. Das ist angesichts der Geschichte Deutschlands nicht selbstverständlich.

Ich bin dankbar, an diesen und vielen anderen Entscheidungen beteiligt gewesen zu sein. Aber natürlich erfasst mich in den letzten Wochen auch Wehmut.

**Wie hat sich die Politik im Zuge der Globalisierung und Digitalisierung verändert? Anders gesagt: War früher alles besser?**

Jung: Wissen Sie, jede Zeit hat ihre eigenen Herausforderungen. Früher war Deutschland ein geteiltes Land. Auf beiden Seiten der Mauer standen sich bis zu 1,5 Millionen aktive Soldaten gegenüber. Die Bedrohung war unmittelbar. Ich habe als Wehrdienstleistender 1968 den letzten scharfen Alarm erlebt, als die Sowjetunion in die Tschechoslowakei einmarschiert ist.

Heute hingegen leben wir in Frieden und Freiheit. Dies sollten wir uns viel stärker bewusst machen.

Die Globalisierung verunsichert viele Menschen. Dabei wird häufig übersehen, dass Deutschland zu den eindeutigen Gewinnern gehört – auch dank der Union, die das Thema offensiv angeht. Das war immer schon unsere Stärke: die Dinge pragmatisch und unideologisch anzupacken.

**Was waren die Höhepunkte Ihres Politikerlebens? Woran erinnern Sie sich besonders gerne?**

Jung: Die Überwindung der deutschen Teilung und die Wiedervereinigung gehörten sicherlich zu den Höhepunkten. Ich habe damals als Generalsekretär der hessischen CDU die ersten Kundgebungen der CDU in Thüringen mitveranstaltet. In besonderer Erinnerung ist mir die erste Großkundgebung von Helmut Kohl

am 20. Februar 1990 mit 160.000 Zuhörern auf dem Erfurter Domplatz geblieben. Das waren einmalige Momente: die Begeisterung und die Neugier der Menschen. Zuvor hatte ich am 1. Februar 1990 die Allianz für Deutschland in Erfurt gegründet. Die Allianz für Deutschland konnte bei den ersten freien Wahlen 48 Prozent holen. Das war der Schlüssel für den späteren Erfolg der Union in den Neuen Ländern.

Auch aus meiner Zeit als Bundesverteidigungsminister ist mir vieles in Erinnerung geblieben. Beispielsweise das erste Gelöbnis vor dem Reichstag am 20. Juli 2008. Oder wenn sich Soldaten im Einsatz vor Ort haben taufen lassen. Das waren bewegende Momente. Die Verbesserung der Situation der Soldaten und deren Anerkennung lagen mir sehr am Herzen.

Mit dem Ehrenmal im Bendlerblock, das auf meine Initiative hin 2009 gebaut wurde, ehren wir die Soldatinnen und Soldaten, die für ihre Pflicht ihr Leben gelassen haben. Auch mit dem 2008 von mir gestiftete Ehrenkreuz der Bundeswehr für Tapferkeit als höchste Auszeichnung können wir den Soldatinnen und Soldaten endlich die Anerkennung ausdrücken, die sie für

herausragende Leistung verdienen. Besonders am Herzen gelegen hat mir die Einführung der Regelung, dass verwundete Soldaten nach ihrer Heilung weiterhin Dienst bei der Bundeswehr tun können.

»Wir packen die Dinge pragmatisch an.«

**Es gab auch schwere Momente wie Ihr Rücktritt als Bundesarbeitsminister nach nur einem Monat im Amt. Wie steckt man so etwas weg?**

Jung: In der Politik spielen oft Dinge eine Rolle, die mit eigener Schuld nichts zu tun haben. Damit muss man sich als Politiker abfinden. Ich bin mit mir im Reinen.

**Was würden Sie Abgeordneten mit auf den Weg geben, die nach der Wahl am 24. September neu in den Bundestag einziehen?**

Jung: Man sollte sich der Verantwortung des Mandats und der Institution Deutscher Bundestag bewusst sein, sich aber davon nicht einschüchtern lassen. Abgeordneter des Bundestags zu sein, eröffnet viele Gestaltungsmöglichkeiten für die Menschen und unser Land. Daher würde ich dazu raten, die Dinge anzupacken und die Möglichkeiten des Mandats auszuschöpfen.

# Deutschland geht es gut

Die Bilanz der CDU/CSU-Fraktion nach vier Jahren großer Koalition

**D**eutschland geht es gut. Trotz der Euro-Staatsschuldenkrise, der Herausforderung durch die Flüchtlingsbewegung und des Zerfalls alter Ordnungen auf der Welt ist unser Land in einem hervorragenden Zustand. Die Zahl der Beschäftigten bewegt sich auf Rekordniveau. Die Löhne steigen, die Renten wurden deutlich erhöht.

Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es gemeinsam mit der Bundesregierung – allen voran Bundeskanzlerin

Angela Merkel – gelungen, die Weichen für mehr Wohlstand richtig zu stellen, damit es den Menschen besser geht. Die wichtigsten Erfolge der Legislaturperiode stellt die Fraktion in einer kleinen und handlichen Broschüre dar. Ein Kartenspiel vermittelt die Bilanz auf spielerische Art und Weise.

Mit der inneren Sicherheit befasst sich eines der neuen Falblätter. Es zeigt auf, wie der Staat auf den weltweiten Terror und immer neue Formen der Kriminalität reagiert und seine Bürger

besser schützt. Andere Flyer gibt es zu den Themen Wirtschaft, Pflege, Ernährung, Familie und Frauen, Arbeit und Soziales sowie Integration.

Neu ist auch eine Broschüre, die sich dem Kompass der Unionsfraktion widmet: dem christlichen Menschenbild. Lesenswert sind die Gastbeiträge von Reinhard Kardinal Marx, Bischof Heinrich Bedford-Strohm und zahlreichen Fraktionsmitgliedern. Die Publikationen können unter [www.cducsu.de/publikationen](http://www.cducsu.de/publikationen) kostenlos bestellt werden.



Kartenspiel  
»Wissen Sie, dass...?«



## Der Schein trügt

Jane Gardam

**Ein untadeliger Mann – Eine treue Frau – Letzte Freunde**

Hanser: Berlin 2015, 2016

In ihren Romanen »Ein untadeliger Mann«, »Eine treue Frau« und »Letzte Freunde« erzählt Jane Gardam drei Mal dieselbe Geschichte – aus der Perspektive des Anwalts Feathers, aus der seiner Ehefrau und aus der ihres Liebhabers. Alle Figuren befinden sich am Ende ihrer scheinbar makellosen Lebenswege und blicken zurück.

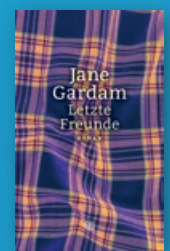
Dabei wird zunehmend klar: Der angesehene Kronanwalt Edward Feathers

– auch im hohen Alter noch ein gutaussehender, perfekt gekleideter Gentleman – ist keinesfalls so tadellos, wie alle meinen. Seinen Spitznamen »Filtch« erklärt er gerne spöttisch mit »Failed in London, try Hongkong«, wo er lange gelebt hatte. Seine Ehefrau Betty stirbt beim Tulpensetzen auf dem gemeinsamen Altersruhesitz. Auch sie war nicht so, wie alle denken, nämlich glücklich und treu. Gerade war es ihr noch gelungen, unter den Tulpen eine verräterische Perlenkette zu vergraben, die sie in ihrer Verlobungsnacht mit Feathers vom ewigen Konkurrenten ihres Mannes und ihrer großen Leidenschaft, Terence Veneering, geschenkt bekommen hatte.

Die Sprache des Romans ist schön und heiter,

doch der Schein trügt. Immer wieder schimmern Abgründe durch, die die Hauptfiguren seit ihrer Kindheit in sich tragen. Das Empire mit seinen Zwängen und der Zweite Weltkrieg haben ihnen viel abverlangt. Jane Gardam beschwört eine vergangene Epoche herauf. Es ist fesselnd, den Figuren auf ihrem Lebensweg zu folgen und zu sehen, wie immer neue Wahrheiten ans Licht kommen. Gewissheiten gibt es nur scheinbar. Dabei ist der Ton häufig ironisch, nie sentimental. Ein pures Lesevergnügen.

Mirja Menke



© Hanser

# Unterm Sonnenschirm

Badeanstalt oder Biergarten, Balearn oder Balkonien – im Sommerurlaub versenken wir uns gerne in Bücher. Sie helfen uns, den Arbeitsalltag für einen Moment zu vergessen. Auch die Redakteure von »Fraktion direkt« schmökern gerne. Hier ihre Tipps.



## Spannung bis zum Schluss

Joël Dicker

### Die Wahrheit über den Fall Harry Quebert

München: Piper, 2013

Sie suchen den perfekten Urlaubsroman? Es soll ja mitunter in den Ferien nicht »zu schwer« sein, aber »Niveau« soll die Lektüre natürlich trotzdem haben... Wie auch immer: Dann könnte Joël Dickers »Die Wahrheit über den Fall Harry Quebert« etwas für Sie sein.

Ein Geheimtipp ist der mehr als 700 Seiten starke Band über einen Mordfall in einer Kleinstadt Neuenglands sicher nicht mehr. Dafür hat der Schweizer schon zu viele Preise gewonnen (zu Recht übrigens). Der 2013 erschienene Roman stand schon lange auf den Bestseller-Listen. Aber für den Fall, dass Sie ihn doch noch nicht kennen...

Eigentlich mag ich keine Krimis. Aber Dicker verpackt den Fall des Schriftstellers Harry Quebert, der über 30 Jahre nach der Tat unter den Verdacht des Mordes an einer 15-Jährigen gerät, in eine kluge Rahmenhandlung. Er spielt gekonnt mit den Zeitebenen. Ein Schüler Queberts, Marcus Goldman, inzwischen selbst Erfolgsautor, der gerade an seinem Zweitbuch verzweifelt, versucht, die Unschuld seines Lehrmeisters zu beweisen. Nach und nach gelingt ihm ein Blick hinter die Fassaden in dem Örtchen vor mehr als drei Jahrzehnten.

Viele werden verdächtig: Nicht nur Quebert stand in einer Beziehung zu dem Mädchen. Goldman wiederum verarbeitet seine Recherchen in seinem Buch, glaubt sich am Ziel und muss doch einen Irrtum eingestehen. Die Wahrheit über den Fall Harry Quebert bleibt lange im Dunkeln – aber die Spannung hält sich bis zum Schluss.

Ulrich Scharlack



© Kiepenheuer&Witsch



## Blanker Terror

Julian Barnes

### Der Lärm der Zeit

Kiepenheuer&Witsch:  
Köln, 2017

Um es gleich zu sagen: Wer sich Einblicke in die schöpferische Seele eines Kom-

ponisten oder den musikalischen Schaffensprozess erhofft, für den ist der Roman nicht die richtige Lektüre. Julian Barnes setzt sich in »Der Lärm der Zeit« mit der Frage auseinander, was passiert, wenn sich die Politik in die Kunst einmischt, wenn sie den Künstler zu ihrem Werkzeug macht. Am Beispiel von Dmitri Schostakowitsch beschreibt Barnes, wie Künstler in der Sowjetunion gefügig gemacht und unterjocht wurden.

»Der Lärm der Zeit« ist ein politischer Roman, ein Buch darüber, wie Künstler unter Stalin, aber auch später noch, gelitten haben – unter subtilem Druck und offenem Zwang, aber auch unter der eigenen Feigheit, die sie moralisch korrumpierte. Dmitri Schostakowitsch war kein Systemgegner, er lebte für seine Musik. Er wollte mit »dem Lärm der Zeit« nichts zu tun haben. Er wurde protegert und ist trotzdem angeeckt, er wurde zum Staatsfeind stilisiert und kam trotzdem davon. Obwohl er im Laufe der Jahre zur Marionette des Systems wurde, lebte er ständig in Angst. Jedes der drei Kapitel beginnt damit, dass die gegenwärtige Zeit die schlimmste für ihn war.

Barnes gelingt es, in schnörkelloser und doch eindrücklicher Prosa die existenziellen Ängste und moralischen Nöte des Künstlers im Kommunismus zu schildern und das vermeintliche Paradies auf Erden als das zu schildern, was es für seine Bewohner war: blanker Terror.

Claudia Kemmer

## Über Freundschaft und Verantwortung

Bov Bjerg

### Auerhaus

Aufbau Verlag: Berlin, 2015

In dem Roman »Auerhaus« schließen sechs Freunde einen Pakt: Sie ziehen gemeinsam in eine WG, um einen von ihnen – Frieder –, der versucht hat, sich umzubringen, von weiteren Selbstmordversuchen abzuhalten. Am Ende wird Frieder der Suizid gelingen.

Das klingt traurig. Doch das Buch ist pures Leben, gewitzt, tragikomisch, voller genialer Einfälle und Absurditäten. Der Erzähler, Frieders bester Freund, genannt Höppner, blickt später auf diese Zeit zurück: Es sind die frühen 80er auf dem schwäbischen Land. Die Freunde stehen kurz vor dem Abitur. Sie wohnen in einem alten Bauernhaus – genannt das »Auerhaus« nach dem Song »Our House« von Madness – und leben gemeinsam ein Jahr der Anarchie. Der Sinn des Lebens ist ein großes Fragezeichen. Es wird geredet, geredet, geredet und gefeiert – wie das in dem Alter nun mal so ist. Und trotz allem bekommen die sechs ihren Alltag erstaunlich gut geregelt.

Das Buch ist weniger ein Jugendroman als eine Geschichte über Freundschaft und Verantwortung. Keiner versteht, was hinter Frieders Suizidwunsch steckt, aber die Freunde nehmen ihn an, wie er ist. Frieder selber sagt: »Ich wollte mich nicht umbringen. Ich wollte bloß nicht mehr leben. Ich glaube, das ist ein Unterschied.« Es geht um das Hier und Jetzt, um die Zukunft und die Vergangenheit, um eine Zeit, die unwiederbringlich vorüber ist. Es geht einfach um alles, und das ist schön zu lesen – mit einem weinenden und einem lachenden Auge.

Mirja Menke



© Aufbau Verlag



# Kriegsfolgeschicksal im Mittelpunkt der Arbeit

Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten besteht seit Gründung der Bundesrepublik

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland unterhält die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag die soziologische Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten. Diese umfasst heute über 70 Mitglieder und stellt die Anerkennung des Kriegsfolgeschicksals in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit. Davon betroffen sind Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten gleichermaßen.

Auf Initiative der Gruppe der Vertriebenen wurden in den vergangenen Jahren wichtige Vorhaben umgesetzt. So ist der bundesweite »Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung«, der seit dem Jahre 2015 immer am 20. Juni begangen wird, sichtbarer Ausdruck dafür, dass die Deutschen sich beim Thema Flucht und Vertreibung mit sich selbst versöhnen dürfen. Die Vertreter der sogenannten Erlebnissgeneration haben auf diese Weise die Chance bekommen, ihren Frieden mit der Vergangenheit zu schließen.

## Anerkennung für zivile deutsche Zwangsarbeiter

Ebenfalls zu einem erfolgreichen Abschluss brachte die Gruppe ihren jahrelangen Einsatz dafür, dass ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter eine Anerkennungsleistung bekommen. Damit wird das schwere Schicksal jener Zivilisten gewürdigt, die als deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige während und nach dem Zweiten Weltkrieg Zwangsarbeit leisten mussten. Seit dem 1. August 2016 und bis spätestens zum 31. Dezember 2017 können potenzielle Berechtigte über das Bundesverwaltungsamt einen Antrag

auf eine Einmalleistung in Höhe von 2.500 Euro stellen. Damit wird eine wichtige Gerechtigkeitslücke geschlossen.

Ein zentrales Anliegen der Gruppe ist und bleibt die Förderung des kulturellen Erbes der Deutschen im östlichen Europa gemäß Paragraf 96 Bundesvertriebenengesetz, da es für die nationale Identität Deutschlands von allergrößter Bedeutung ist. Der Erhalt dieses Kulturerbes im In- und Ausland dient zugleich als Bindeglied zu den Nachbarn in Mittelost- und Südosteuropa. Als zentrales Gedenkvorhaben der Bundesregierung unterstützt die Gruppe mit Nachdruck den weiteren Aufbau der »Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung« in Berlin. Die Gruppe unterhält ebenfalls einen engen Kontakt zu den von Bund und Ländern geförderten Einrichtungen, die das kulturelle Erbe der Deutschen im östlichen Europa erforschen und pflegen, sowie zu den Landsmannschaften, die als wichtige Brückenbauer zu unseren Nachbarn in Europa wirken.

## Spätaussiedler weiter willkommen

Aus der historischen Verpflichtung heraus setzt sich die Gruppe für die Integration der über drei Millionen Deutschen ein, die seit der friedlichen Revolution von 1989 als Spätaussiedler in die Bundesrepublik eingereist sind. Da vor allem aus Russland und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) nach wie vor Nachfrage nach Rückübersiedlung besteht, wird an der Möglichkeit vertriebenenrechtlicher Aufnahme in Deutschland festgehalten. Dabei ist es der Gruppe aufgrund der besonderen Stellung der Aussiedler als Deutsche wichtig, diese zu unterstützen und zwischen vertriebenenrechtlicher Aufnahme und allgemeiner Einwanderungspolitik zu unterscheiden.

Außerdem arbeitet die Gruppe eng mit der Bundesregierung zusammen, um die Hilfen für die deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa zu erhalten. Sie engagiert sich aktiv bei der Kontaktpflege zu den in den Herkunftsgebieten verbliebenen Vertretern jener Minderheiten. Diese Menschen bereichern die kulturelle Vielfalt in Mittel- und Osteuropa. Daher ist es wichtig, von deutscher Seite aus dauerhaft Verantwortung zu übernehmen.



© JESCO Denzel

Der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Klaus Brähmig (2. v.l.), und seine Stellvertreter mit Kanzlerin Angela Merkel





# Mehr Geld für die Länder – mehr Kontrolle für den Bund

## Fragen und Antworten zur Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Der Bundestag hat im Juni die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen beschlossen. Kern der Reform ist die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs, wobei der Bund die Länder finanziell deutlich entlastet. Im Gegenzug erhält der Bund zusätzliche Kompetenzen, Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten.

### Warum mussten die Bund-Länder-Finanzbeziehungen auf neue Füße gestellt werden?

Mit der Reform soll Planungs- und Rechtssicherheit geschaffen werden. Denn im Jahr 2019 endet der Solidaritätspakt II, aus dem die ostdeutschen Länder und Berlin Geld für teilungsbedingte Sonderlasten erhalten. Außerdem dürfen die Länder nach der verfassungsrechtlichen Schuldenregel ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufnehmen.

### Was passiert mit dem bestehenden Finanzausgleich?

Der Länderfinanzausgleich in seiner jetzigen Form wird abgeschafft. Der Finanzkraftausgleich zwischen den Ländern läuft künftig vor allem über die Umsatzsteuer. Der Bund zahlt ab 2020 jährlich rund zehn Milliarden Euro in

das Ausgleichssystem. In den Folgejahren steigt dieser Betrag. Der Bund ist den Ländern damit finanziell weit entgegengekommen.

### Welche Verbesserungen für den Bund sind in der Reform enthalten?

Der Bund erhält für sein finanzielles Engagement zusätzliche Kompetenzen und Rechte. So werden die Weisungsbefugnisse des Bundes gegenüber den Ländern beim Vollzug der Steuergesetze gestärkt. Die Länder können fachliche Weisungen des Bundes nur noch mit einer qualifizierten Mehrheit von mindestens elf Ländern stoppen. Außerdem darf der Bundesrechnungshof zukünftig die Verwendung von Bundesmitteln durch Länder, Kommunen und Private umfassend prüfen. Der Stabilitätsrat, der aus den Finanzministern des Bundes und der Länder sowie dem Bundeswirtschaftsminister besteht, wird ab 2020 überwachen, ob der Bund und die Länder jeweils die Schuldenbremse einhalten.

### Welche Bereiche werden sonst noch in den Gesetzespaketen geregelt?

Die Reform schafft die verfassungsrechtliche Grundlage dafür, dass der Bund finanzschwache Kommunen bei

der Sanierung von Schulen unterstützen kann. Das sogenannte Kooperationsverbot des Grundgesetzes, das eine Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik nur in Ausnahmefällen erlaubt, bleibt jedoch bestehen. Außerdem sollen immer mehr Verwaltungsleistungen online angeboten werden, was die Verwaltung bürgerfreundlicher macht. Mit einer Ausweitung des Unterhaltsvorschusses zum 1. Juli 2017 verbessert die Koalition die Unterstützung von Alleinerziehenden und ihren Kindern.

### Wird es eine Privatisierung von Bundesautobahnen geben?

Nein, eine Privatisierung deutscher Autobahnen wird es nicht geben. Auch die neue Infrastrukturgesellschaft, die künftig für Bau und Erhalt der Autobahnen zuständig sein soll, bleibt im Eigentum des Bundes. Allerdings wird die sogenannte Auftragsverwaltung, das heißt die Ausführung von Bundesgesetzen durch die Behörden der Länder, modernisiert. Bestehende Reibungsverluste zwischen Bundes- und Länderzuständigkeiten werden abgebaut, damit Autobahnnetze bundesweit auf einem einheitlich hohen Qualitätsniveau sind.

Deutschland ist Technologieführer und Exportweltmeister, weil es konsequent auf Forschung und Innovation setzt. Dies zeigt der Bericht zur Umsetzung der Hightech-Strategie, der im Juni vom Bundestag verabschiedet wurde. **62,4** Milliarden Euro haben deutsche Unternehmen 2015 in Forschung und Entwicklung investiert. Das entspricht einer Steigerung von über **60** Prozent in den letzten **10** Jahren. Im gleichen Zeitraum stiegen die Ausgaben des Bundes von **9** auf **15** Milliarden Euro – ein Plus von **66** Prozent. 2015 haben Staat und Wirtschaft erstmals das Ziel erreicht, **3** Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren. Bis 2025 sollen es **3,5** Prozent des Bruttoinlandsprodukts sein.

# Vergewaltigung ist eine Kriegswaffe

Von *Düzen Tekkal*, Journalistin,  
Gründerin und Vorsitzende von Hawar.help

**D**ie Terrormiliz IS hat im Sommer 2014 im Nordirak tausende jesidische Frauen und Kinder vergewaltigt, versklavt oder getötet. Noch immer sind mehr als 3.000 von ihnen in der Hand der Terroristen. Das barbarische Vorgehen des IS zeigt beispielhaft, wie sexuelle Gewalt als Mittel der Kriegsführung verwendet wird: ob derzeit im Nordirak oder im Kongo, früher in Ruanda, in Bosnien oder auch im Zweiten Weltkrieg.

Die Vergewaltigungen dienen ganz offensichtlich nicht der Befriedigung sexueller Bedürfnisse von Soldaten. Sie werden vielmehr eingesetzt wie eine Kriegswaffe, sie werden systematisch geplant, von oben angeordnet und im Kollektiv verübt. In der Sindschar-Region mussten jesidische Frauen zusehen, wie ihre eigenen Kinder, ihre eigenen Schwestern vergewaltigt wurden. Während der IS die alten Frauen tötete, verkaufte er die jungen als Sex-Sklavinnen. Und selbst nach einer Freilassung werden die Opfer ihre Peiniger oft nicht los. Die Schmach, vergewaltigt worden zu sein, treibt Frauen in den Selbstmord. So nahmen sich mehr als 300 Jesidinnen nach Ende der IS-Gefangenschaft das Leben. Diese Angst und Scham gilt es zu bekämpfen.

Es kann auch nicht sein, dass Frauen zusätzlich zu ihrer Pein noch bestraft werden. So haben viele Betroffene, die zuvor ledig waren, keine Chance mehr, einen Ehemann zu finden. Gleichzeitig können sie kaum ihren Lebensunterhalt selbstständig bestreiten und führen deshalb ein Leben in Armut und Ausgrenzung. Auf diese Weise gewinnen die Täter ein zweites Mal.

Von unschätzbarem Wert war deshalb die Festlegung des geistlichen Oberhauptes der Jesiden, Baba Scheich, vergewaltigte Frauen weiterhin als Jesidinnen anzuerkennen. Nach den überlieferten Regeln hätten sie infolge der Vergewaltigung ihre Religionszugehörigkeit verloren. Baba Scheich veränderte die 4.000-jährige Religion zugunsten der Frauen. Das hilft ihnen enorm in ihrer Selbstachtung und stärkt ihre Stellung im gesellschaftlichen Zusammenleben.

## Das Schweigen beenden – Gesicht zeigen

Wie können wir den Frauen helfen? Indem wir sie nicht in erster Linie als Opfer betrachten, sondern als Überlebende eines Verbrechens. Es gilt, den Frauen Mut zu machen, ihr



© Thomas Ince/photobek.net

Schweigen zu beenden. Wer über die eigene Vergewaltigung berichtet, zeigt Gesicht, ist kein hilfloses »Opfer« mehr, sondern übernimmt die Initiative und klagt den Täter an.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir für das Thema Bewusstsein schaffen. Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ihrem Vorsitzenden Volker Kauder bin ich dankbar, dass wir Gelegenheit hatten, das Problem auf einem Kongress mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zu diskutieren. Selbstbewusst und ungebrochen berichteten jesidische, bosnische und jüdische Frauen dort über ihre Ge-

schichte. Indem sie an die Öffentlichkeit gehen, werden sie zum Vorbild für andere.

Die Frauen, die noch nicht so stark sind, um über ihre Folter zu sprechen, benötigen dringend psychologische Hilfe zur Bewältigung ihrer Traumata. Im Nordirak jedoch werden sie ausschließlich von muslimischen Ärzten behandelt, was sie verstört und irritiert. Stattdessen brauchen die Frauen sensible, interkulturell geschulte Ärzte. Beispielhaft dafür ist das Projekt des deutschen Traumatologen Jan Kizilhan in der nordirakischen Stadt Dohuk. Sein neu gegründetes Institut bildet eine spezielle Art von Traumatherapeuten aus: Experten, die in Flüchtlingscamps und Krankenhäusern vor allem Frauen und Kindern helfen sollen.

## Täter müssen bestraft werden

Was den Frauen ebenfalls bei der Verarbeitung ihrer Traumata hilft, ist eine Bestrafung der Täter. Erst dann ist für sie die Gerechtigkeit wiederhergestellt. Deshalb setzt sich meine Organisation dafür ein, dass die Täter vor den internationalen Strafgerichtshof gestellt werden. Der Genozid an den Jesiden muss als Völkermord anerkannt werden.

### Impressum

Herausgeber  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Max Straubinger MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
Redaktion: Claudia Kemmer  
(verantw.)

T 030. 227-5 30 15  
F 030. 227-5 66 60  
pressestelle@cducsu.de

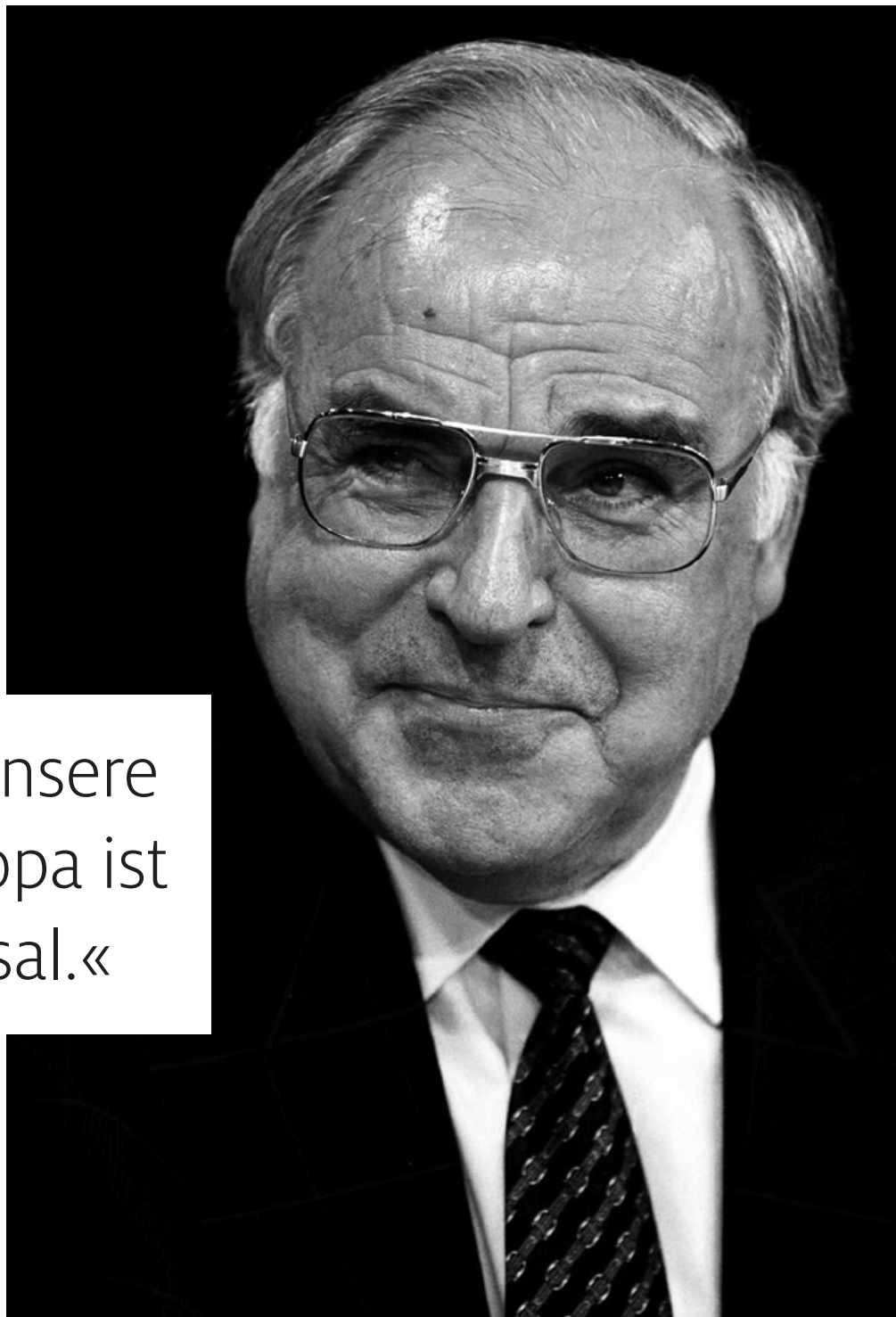
Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.



»Europa ist unsere Zukunft. Europa ist unser Schicksal.«

Altbundeskanzler Helmut Kohl  
in einem Interview

**CDU**  **CSU**  
Fraktion im Deutschen Bundestag



© Picture Alliance/Ulrich Baumgarten

### Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:  
[www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)



[www.facebook.com/  
cducsubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion)

Der Blog der Fraktion:  
[blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)



[www.youtube.com/cducsu](http://www.youtube.com/cducsu)

Fraktion direkt:  
[www.cducsu.de/fraktiondirekt](http://www.cducsu.de/fraktiondirekt)



[twitter.com/cducsu](https://twitter.com/cducsu)

Bundestagsdrucksachen:  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)



[www.instagram.com/  
cducsu](http://www.instagram.com/cducsu)

### »Fraktion direkt« bestellen

»Fraktion direkt – Das Monatsmagazin« erscheint jeweils am Ende eines Monats. Bestellen können Sie das Heft unter [fraktiondirekt.abo@cducsu.de](mailto:fraktiondirekt.abo@cducsu.de)

Über die aktuellen Entwicklungen informiert Sie wöchentlich »Fraktion direkt – Der Newsletter«. Den elektronischen Newsletter können Sie abonnieren unter [www.cducsu.de/newsletter-abo](http://www.cducsu.de/newsletter-abo). Sie erhalten dazu auch die PDF-Ausgabe von »Fraktion direkt – Das Monatsmagazin«.

### Nächste Ausgabe

Die nächste Ausgabe von »Fraktion direkt – Das Monatsmagazin« erscheint nach der Bundestagswahl.